

810108

9.7.1973

Vertraulich

80-70
8104

3 Ex.
9.7.73
9.7.73
9.6.8.73
Q B
Q B

Als Ergebnis der langjährigen beharrlichen Bemühungen der sozialistischen Staaten und der ganzen europäischen kommunistischen Bewegung werden die von der europäischen kommunistischen Bewegung 1967 auf der Konferenz in Karlovy Vary kollektiv formulierten Forderungen sowie die auf die europäischen Angelegenheiten bezüglichen Punkte der Plattform einheitlicher Aktionen im anti-imperialistischen Kampf, die von der Internationalen Beratung 1969 beschlossen wurde, erfolgreich verwirklicht. In Europa sind Prozesse in Gang gekommen, die eine Wende zur Entspannung, zur Schaffung eines Systems der Sicherheit und der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit der europäischen Staaten markieren.

Aber trotz ihrer offensichtlichen Niederlage lassen die Kräfte der Reaktion auch heute nicht von den Versuchen ab, den positiven Wandlungen auf dem Kontinent Einhalt zu gebieten. Es darf unseres Erachtens nicht geduldet werden, daß die reaktionären, revanchistischen Kräfte und ihre Handlanger einen wesentlichen Einfluß auf die Entscheidungen erlangen, die die Zukunft Europas auf Jahrzehnte voraus bestimmen werden.

In jüngster Zeit erhalten die Gegner der Gesundung der internationalen Lage in Europa Schützenhilfe von der chinesischen Führung, die sich aktiv in die europäischen Angelegenheiten einzumischen begonnen hat. Das geht ganz eindeutig hervor aus zahlreichen Gesprächen hochgestellter chinesischer Amtspersonen mit Vertretern europäischer Regierungen, deren Inhalt weithin publik gemacht und kein einziges Mal von der chinesischen Seite demontiert worden ist, aus ihren Interviews mit bürgerlichen Journalisten, aus Erklärungen chinesischer Diplomaten in dritten

Ländern sowie aus dem Charakter der Kommentare der Pekinger Propaganda zu den Ereignissen in Europa, die die Linie Pekings in den Grundfragen der europäischen Politik klar erkennen lassen. Diese Linie zielt ab auf die Schwächung der Positionen der sozialistischen Gemeinschaft in Europa, auf die Spaltung der kommunistischen Bewegung, auf das Paktieren mit jedweden politischen Kräften - auch reaktionären - in Europa, die antisowjetisch und antikommunistisch sind.

Die Positionen der chinesischen Führung sind Ihnen natürlich bekannt. Wir möchten eine möglichst vollständige Zusammenfassung der Äußerungen offizieller chinesischer Persönlichkeiten und der unverhülltesten Verlautbarungen der Pekinger Propaganda zu dieser Frage geben, weil wir meinen, daß eine solche Information für ihre propagandistische und politische Arbeit von Nutzen sein kann.

In allgemeiner Form wurde das Kredo der chinesischen Europapolitik bereits 1970 formuliert, als die Pekinger Führer damit begannen, den wirklichen Sinn der These vom Kampf gegen "ein - zwei Supermächte" zu verdeutlichen, der faktisch darauf hinausläuft, alle Anstrengungen auf die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion als dem "Feind Nummer 1" zu konzentrieren. In einem Interview mit dem französischen Korrespondenten F. Debre erklärte Tschou En-lai damals: "Die Politik Chinas besteht darin, die Bildung eines einheitlichen unabhängigen Europas zu fördern, damit die Macht dieser Länder als Faktor dient, der die Sowjetunion im Westen bindet." Diese allgemeine Zielsetzung fand dann ihren Ausdruck in den konkreten Stellungnahmen Pekings, die der Linie der kommunistischen Bewegung in den Grundfragen der europäischen Politik diametral zuwiderlaufen.

Die chinesische Führung begann damit, daß sie die Verträge der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen mit der BRD mit einer Flut von Verleumdungen überschüttete. Die Zeitung "Shenmin Shipao" erklärte kurz nach ihrem Abschluß, daß sie "der Sache des Friedens und der Sicherheit in Europa keinen Nutzen, sondern Schaden bringen," daß der Vertrag der UdSSR mit der BRD letzterer "das Recht" gebe, "die DDR zu annektieren". Die chinesische Führung war nach Kräften bemüht, das Inkrafttreten der geschlossenen Verträge zu verhindern und die Entwicklung positiver Beziehungen zwischen der DDR und der BRD zu stoppen. Nachdem die Hoffnungen auf eine Vereitelung der Ratifikation der Verträge zusammengebrochen waren, war in der chinesischen Presse schon kein Wort mehr über die Verteidigung der Souveränität und der Interessen der DDR zu lesen. Jetzt spekuliert man auf das Anheizen revanchistischer Stimmungen in der BRD. Tschou En-lai und andere führende Persönlichkeiten Pekings sagten Gerhard Schröder und Geschäftsleuten der BRD ihre Unterstützung der Konzeption der "einen deutschen Nation" zu. Bei den Verhandlungen mit BRD-Außenminister W. Scheel im Oktober 1972 in Peking sprach Tschou En-lai von der "Anomalität" der Spaltung Deutschlands und anerkannte "die Legitimität der westdeutschen Interessen in Westberlin". Nach dem Treffen mit Tschou En-lai teilte W. Scheel mit, daß die Positionen Bonn und Pekings in diesen Fragen übereinstimmen. ↗

Besonders bemüht ist man in Peking darum, die Konsolidierung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu verhindern, der Unveränderlichkeit der entstandenen Staatsgrenzen die Anerkennung zu versagen. Auf jede Weise kolportiert wird der Gedanke, daß "der zweite Weltkrieg eine ganze Reihe von Problemen hinterlassen hat, die der Lösung bedürfen" (Interview Tschou En-lais mit dem AFP-

Korrespondenten G. Marain), daß, "obwohl seit dem zweiten Weltkrieg 28 Jahre vergangen sind, auf dem Erdball immer noch Durcheinander und Unordnung herrschen" (Erklärung Tschu Peng-feis in London am 7. Juni 1973). Die Pekinger Führer versuchen erneut die territoriale Frage in Europa zuzuspitzen, Gebietsansprüche europäischer Staaten aneinander und vor allem an die UdSSR zu provozieren. Charakteristisch ist die "eingestreute" Bemerkung Tschou En-lais im Gespräch mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden des Krupp-Konzerns, B. Beitz, im Mai dieses Jahres: "Königsberg heißt jetzt Kaliningrad. Ich kenne nur ein Königsberg."

Die chinesische Führung diffamiert auf jede Weise die Gesamteuropäische Staatenkonferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit, sie trachtete lange Zeit den Gedanken ihrer Zwecklosigkeit zu suggerieren und verfälscht nunmehr ihre Ziele.

Im Gespräch mit einem Mitglied der französischen Parlamentsabordnung im Februar 1972 in Peking sagte Tschou En-lai: "Die Konferenz über die europäische Sicherheit beunruhigt uns: entweder die Russen gehen aus dieser Konferenz als Sieger hervor und werden zu Garanten Ihrer ~~Sicherheit~~ Unabhängigkeit, oder es tritt eine Entspannung zwischen Ost und West ein, und dann marschieren die sowjetischen Truppen an die Nordgrenze Chinas." Der Chef der UNO-Delegation der VR China erklärte: "Die sogenannte europäische Sicherheitskonferenz kann nur als ein weiterer Deckmantel dienen, der die Aufteilung der Einflußsphären zwischen den beiden "Supermächten" durch den Einsatz der Militärblöcke verschleiert. Eine solche Konferenz sollte besser "Konferenz über die Unsicherheit in Europa" genannt werden."

Nachdem nun die Frage der Einberufung der Gesamteuropäischen Staatenkonferenz entschieden ist, sprechen sich die chinesischen

zwar nicht mehr offen gegen sie aus, "warnen" aber unablässig vor der "Gefahr der Teilnahme der Supermächte" an ihr und unterschieben den Gedanken, daß sie allein der Sowjetunion zum Vorteil gereiche, da sie die Ergebnisse des "Komplotts der beiden Supermächte über die Aufteilung der Einflußsphären in Europa" verankere (so qualifiziert man heutzutage in Peking die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges). Peking warnt die Konferenz vor der Billigung der von der Sowjetunion und den anderen europäischen sozialistischen Staaten vorgeschlagenen Prinzipien, da diese Prinzipien angeblich zu einer "Versklavung" der kleinen europäischen Staaten, zur "Abrüstung" Europas gegenüber der Militärmacht der UdSSR und ihrer Verbündeten führen würden. So behauptete der stellvertretende Außenminister der VR China, Yui tschang, im März 1973 in einem Gespräch mit dem Redakteur der Nachrichtenagentur Tanjug: "Zu Bedingungen, die von der Sowjetunion verkündet worden sind, kann ein echtes System der kollektiven Sicherheit in Europa nicht geschaffen werden."

In Begegnungen mit den Außenministern Frankreichs, Großbritanniens, der BRD und Italiens im Sommer und Herbst 1972 sowie in Interviews mit mehreren bürgerlichen Korrespondenten demonstrierte Tschou En-lai beharrlich die bedingungslose Unterstützung des "Gemeinsamen Marktes" durch Peking, betonte er die "Bedeutung des wirtschaftlichen und politischen Zusammenschlusses Westeuropas für den Widerstand gegen den Hegemonismus der Supermächte." Nach seinen Worten sei gerade die EWG in der Lage, "die Spannungen in Europa zu mindern und den Weltfrieden zu fördern" (Interview mit dem Chefredakteur der "Times" im Oktober 1972). Mao Tse-tung begrüßte in einem Gespräch mit M. Schuman den Beschluß der Konservativen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG, ungeachtet der Tatsache, daß die Kommunistische Partei, die Labouristen und

die breite Öffentlichkeit des Landes Protest dagegen erhoben hatten. Auf ähnliche Weise versucht Peking auch andere europäische Länder zum EWG-Beitritt zu bewegen.

Wie in den Verlautbarungen mehrerer europäischer kommunistischer Parteien (KP Dänemarks, KP Norwegens, DKP u.a.) mit Recht festgestellt wurde, ist die Linie Pekings gegenüber dem "Gemeinsamen Markt" ein weiteres anschauliches Zeugnis des völligen Bruchs der chinesischen Führung mit dem klassenmäßigen Herangehen an die Fragen der internationalen Politik, mit den Prinzipien der proletarischen Solidarität. Die chinesischen Führer ignorieren ganz und gar den Charakter der EWG als einer gegen die Arbeiterklasse gerichteten internationalen Organisation des Monopolkapitals, sie übersehen demonstrativ die der EWG immanente Tendenz zur Beschränkung der Souveränität der Mitgliedsländer durch die Unterordnung der nationalen Institutionen unter die sogenannten "supranationalen wirtschaftlichen und politischen Körperschaften".

Mehr noch: die chinesischen Führer treten heute offen für die Umwandlung des "Gemeinsamen Marktes" in eine militärisch-politische Gruppierung ein. Im Gespräch mit dem italienischen Außenminister G. Medici im Januar 1973 erklärte Tschou En-lai, daß "das Streben zur Integration nicht nur das wirtschaftliche Gebiet erfassen dürfe, sondern auch das Gebiet der Politik und Verteidigung erfassen müsse".

Die chinesischen Führer unterstützen somit jene Seiten und Tendenzen in der Tätigkeit des "Gemeinsamen Marktes", gegen welche nicht nur die Kommunisten, sondern auch viele demokratische Parteien, die Gewerkschaften und die breite Öffentlichkeit der europäischen Länder auftreten. Der Flirt mit der EWG geht einher mit groben verleumderischen Ausfällen gegen den RGW.

Die Unterstützung des "Gemeinsamen Marktes" auf klassen-indifferenter Grundlage wird in jüngster Zeit durch Erklärungen ergänzt, die sich für die Erhaltung und Festigung des aggressiven Nordatlantikpaktes aussprechen. In einem Gespräch mit dem italienischen Außenminister G. Medici erklärte Tschou En-lai, daß der Atlantismus "geholfen hat den Frieden zu schützen und ein internationales Kräftegleichgewicht zu schaffen". Seit Anfang 1973 sind in den chinesischen Zeitungen etwa zwei Dutzend Beiträge über die NATO erschienen. Die chinesische Presse druckt Informationen über verschiedene Beratungen führender NATO-Politiker, über NATO-Truppenmanöver usw. nach und hebt mit unverhohlener Billigung jene Stellen hervor, wo davon die Rede ist, daß "die westeuropäischen Länder gegenüber der UdSSR in einer gemeinsamen Sprache sprechen und mit vereinten Kräften handeln müssen, und daß das Ziel Westeuropas die Stärkung seiner Verteidigungsfähigkeit sein muß" (Hsinhua, 4. Januar 1973). Am 24. Februar 1973 brachte die "Shennin Shipao" Auszüge aus dem Weißbuch der britischen Regierung über die Verteidigung, worin hervorgehoben wird, daß "Großbritannien seine Verteidigung stärken und die Priorität in diesem Bereich mit den anderen Ländern Westeuropas im Rahmen der NATO und außerhalb dieses Rahmens" behaupten müsse.

Früher wurde von der chinesischen Propaganda behauptet, daß die Festigung des politischen, wirtschaftlichen und militärischen Systems Westeuropas die Möglichkeit biete, den beiden "Supermächten" erfolgreich entgegenzutreten. Jetzt wird von der Notwendigkeit eines engen militärischen Bündnisses Westeuropas mit den USA gesprochen; damit offenbart sich das wahre Ziel der chinesischen Führer: Westeuropa nicht etwa den beiden "Supermächten", sondern allein der Sowjetunion entgegenzustellen. Im Gespräch mit den amerikanischen Senatoren H. Boggs und D. Ford im Juli 1972 gab Tschou En-lai zu verstehen, daß die chinesischen

Führer zufrieden wären, wenn die amerikanischen Streitkräfte in Europa blieben, was den Russen nicht gestatte, mehr Truppen an die chinesische Grenze zu verlegen. "Mansfield verhält sich unrealistisch", - sagte Tschou En-lai -, "wenn er den Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa fordert." Im Mai 1973 erklärte Tschou En-lai in einem Interview mit dem Korrespondenten der "Washington Post" M. Childs: "Moskau will dem Westen ein trügerisches Gefühl der Sicherheit suggerieren... die Amerikaner, die eine Verminderung oder gar vollständige Auflösung der in Deutschland stationierten amerikanischen Streitkräfte verlangen, sind naiv."

Der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale Bruno Pittermann bezeugt, daß die Chinesen während seines Besuchs in der VR China die Präsenz amerikanischer Streitkräfte auf dem europäischen Kontinent positiv bewertet haben. Die bekannte Forderung der Regierung der VR China an die USA und die UdSSR nach Auflösung der Kernwaffenstützpunkte und Abzug der Streitkräfte vom Territorium anderer Länder ist jetzt dahingehend korrigiert worden, daß sie nunmehr nur noch an die Sowjetunion gerichtet wird.

Die chinesischen Führer wenden sich gegen die Verminderung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa, worüber jetzt in Wien Verhandlungen geführt werden. Nach seiner Rückkehr aus China teilte der Außenminister Luxemburgs, Thorn, am 24. Mai 1973 auf einer Pressekonferenz mit: "Wenn Europa seine Truppen reduziert, so erklärt man in Peking, verliert es einen Teil seines Verteidigungspotentials und dann können anstelle der Entspannung neue Konflikte entstehen, weil die Entspannung eine Schwächung Westeuropas und eine Störung des Kräftegleichgewichts zugunsten der

Sowjetunion bewirken wird." Im Gespräch mit dem norwegischen Außenminister appellierte Tschou En-lai an die europäischen Länder, "keine Schwächung ihrer Verteidigungsanstrengungen zuzulassen."

Schließlich erklärte Tschou En-lai im Juni dieses Jahres als Kommentar zu der von H. Kissinger angeregten sogenannten "neuen Atlantischen Charta", daß er keinerlei Ursachen sehe, "diesen Plan abzulehnen, wenn er auf die Vereinigung derjenigen gerichtet ist, die gleicher Meinung hinsichtlich der Eindämmung der expansionistischen Politik der Sowjetunion sind."

Faktisch versetzt sich die chinesische Führung in die Lage einer Kraft, die gegen die Anerkennung der Unumkehrbarkeit der sozialistischen Errungenschaften der Völker Osteuropas, gegen die Stärkung der Macht und des Einflusses der sozialistischen Gemeinschaft auf dem europäischen Kontinent auftritt. Der Inhalt der oben angeführten Äußerungen der chinesischen Führer zu grundlegenden Fragen der europäischen Politik macht mit aller Deutlichkeit klar, daß Peking hartnäckig einen Kurs steuert, der der vereinbarten Linie der europäischen sozialistischen Länder und der kommunistischen Parteien diametral entgegengesetzt ist.

Das Plenum des ZK der Französischen Kommunistischen Partei stellte im Mai dieses Jahres fest: "Die Haupttriebfeder der Politik der jetzigen Führer der Kommunistischen Partei Chinas auf der internationalen Bühne war und bleibt der Antisowjetismus, der vernunftwidrige Drang nach der Erreichung nationalistischer Großmachtziele. So erheben sie sich zum Beispiel zu eifrigen Verfechtern der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Integration der westeuropäischen kapitalistischen Mächte, des "Kleineuropas" der Monopole, obwohl sie sehr wohl wissen, daß

dieses nach heutiger Lage der Dinge ein Element der Gesamtstrategie des Imperialismus ist, deren Speerspitze gegen die Sowjetunion gerichtet war und bleibt."

In seinen wesentlichen Bestandteilen kommt der Kurs der chinesischen Führung den Positionen der reaktionären und revanchistischen Kräfte Europas nahe oder stimmt mit ihnen überein, die in der Politik Pekings schon lange eine zuverlässige Stütze sehen. Der westdeutsche Revanchistenführer F.J. Strauß schrieb: "Die russisch-chinesischen Gegensätze sind für Europa kein Minus, sondern ein Plus, weil für uns Europäer die Sowjetunion und nicht China die 'rote Gefahr' ist... Unsere Interessen und die Interessen Chinas stimmen teilweise und ~~zeitweilig~~ zeitweilig überein" (F.J. Strauß. Herausforderung und Antwort. Ein Programm für Europa. Seite 96). Einer der Führer der Opposition in der BRD, Gerhard Schröder, erklärte im Sommer vorigen Jahres nach seinem China-besuch: "Die chinesische Seite machte keinen Hehl daraus, daß sie auf die baldige Übernahme der Regierungsgewalt in der BRD durch die christlichen Demokraten setzt, wobei sie darauf rechnet, daß eine CDU/CSU-Regierung einen noch größeren Fortschritt in der Integration Westeuropas und dessen Entwicklung zu einer dritten Weltmacht erreichen wird, im Bündnis mit welcher die Volksrepublik China den Supermächten erfolgreich Paroli bieten könnte."

Nicht von ungefähr pflegt die Pekinger Führung besonders enge Kontakte mit der konservativen Regierung Großbritanniens, die von allen europäischen Regierungen in den Fragen der europäischen Entspannung die sturste Haltung bezieht. Während des Besuchs des chinesischen Außenministers Tschi Peng-fei in London stellte die englische bürgerliche Presse fest, der chinesische Außenminister lege es darauf an, daß das neue atlantische Bündnis gegen die UdSSR orientiert sein wird. China werde von England

verlangen, es möge seinen Einfluß geltend machen und die westlichen Länder dazu veranlassen, daß sie auf der Europäischen Sicherheitskonferenz und bei den Verhandlungen über einen gegenseitigen Truppenabbau der Sowjetunion keine zu großen Zugeständnisse machen.

Um ihre Präsenz im Mittelmeerraum auszubauen, hat die chinesische Führung diplomatische Beziehungen mit Franco-Spanien aufgenommen und in letzter Zeit die Beziehungen mit dem Regime der "schwarzen Obersten" in Griechenland rapid verbessert. Dabei ist man in Peking bemüht, den griechisch-chinesischen Beziehungen einen nicht nur wirtschaftlichen, sondern hauptsächlich politischen Charakter zu verleihen. In einer Situation, da das halbfaschistische Militärregime Griechenlands eine Politik der Repressalien gegenüber den demokratischen Kräften des Landes betreibt, da Griechenland zum Hauptstützpunkt der 6. US-Flotte im östlichen Teil des Mittelmeerraumes geworden ist, gibt der stellvertretende Premier des Staatsrates der VR China, Li Siang-niang, folgende Erklärung ab: "Heute unternimmt das griechische Volk aktive Anstrengungen zur Behauptung der Unabhängigkeit und Souveränität seines Landes, zur Verteidigung des Friedens und der Sicherheit Europas und des Mittelmeeres."

Es entsteht also eine Art Allianz oder zumindest ein Parallelismus in den Aktionen zwischen der chinesischen Führung und den extrem rechtsstehenden politischen Kreisen Europas, die der Minderung der Spannungen auf diesem Kontinent in den Arm fallen und den Geist des "kalten Krieges" bewahren wollen. Die reaktionären Kräfte in Europa wollen die chinesische Karte ausspielen, um den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft den größtmöglichen Schaden zuzufügen.

Dieses ganze politische Spiel um China gehört zweifellos zur Gesamtstrategie des Antikommunismus in der gegenwärtigen Etappe. Der Kampf für die Entspannung, für die Schaffung eines zuverlässigen Systems der Sicherheit in Europa, für die Entwicklung einer allseitigen Zusammenarbeit der europäischen Staaten setzt deshalb eine aktive Abwehr der Umtriebe der Pekinger Politik voraus.

Die Linie der chinesischen Führung in den europäischen Angelegenheiten steht im völligen Widerspruch zu den Interessen der Völker Europas. Sie steht im Gegensatz zu der Politik, die in jüngster Zeit von den realistisch denkenden Repräsentanten der Regierungen, der größten politischen Parteien und gesellschaftlichen Bewegungen betrieben wird. Deshalb sind alle Möglichkeiten gegeben, um die subversive Tätigkeit der chinesischen Führer zu neutralisieren, um die unheilvollen Folgen der faktischen Blockbildung der chinesischen Führer mit dem Klassenfeind auf dem internationalen Schauplatz abzuwenden. Ungeachtet der Bemühungen Pekings werden sich die positiven Prozesse in Europa und in der ganzen Welt, die dank den beharrlichen und konsequenten Anstrengungen der sozialistischen Staaten, der kommunistischen und Arbeiterparteien in Fluß gekommen sind, auch weiterhin erfolgreich entwickeln. Eine zuverlässige Gewähr dafür ist die ideologische Einheit unserer Reihen auf marxistisch-leninistischer, internationalistischer Grundlage, ist die zunehmende Koordinierung unserer Anstrengungen sowohl im Kampf für den Frieden und die Sicherheit der Völker, für die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung als auch im Kampf gegen den Imperialismus, für den Triumph der Sache der Demokratie, der nationalen Freiheit und des Sozialismus.

Zugleich darf man nicht übersehen, daß die Aktionen der chinesischen Führung unserem gemeinsamen Kampf abträglich sind, daß sie die Ziele der kommunistischen Bewegung kompromittieren; durch sie wird erschwert, daß die positiven Wandlungen in der internationalen Lage nicht nur in Europa, sondern auch in der ganzen Welt einen unumkehrbaren, nicht wieder rückgängig zu machenden Charakter annehmen. Deshalb bleibt die aktive ideologische und politische Auseinandersetzung mit der antileninistischen, antisozialistischen Tätigkeit der chinesischen Führung eine der wichtigsten Aufgaben.